

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Geschäftsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinens der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 43

Altensteig, Freitag den 22. April 1932

55. Jahrgang

### Brüning und Gröner treffen sich Begegnung in Sigmaringen

Berlin, 21. April. Reichsinnenminister Dr. Gröner wird sich am Samstag nach Sigmaringen begeben, um dort mit dem Reichskanzler Dr. Brüning wegen der Entscheidungen über das Reichsbanner zusammenzutreffen. Wie bereits bekannt, hatte Dr. Brüning die Absicht, seiner Wabspflicht am 24. April in Sigmaringen zu genügen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Ausprache um so wichtiger sei, als man sich doch nun in den Grundzügen über die Folgen klar sein müsse und so etwas lasse sich auf telephonischem Wege nicht ohne weiteres entscheiden. Wie die Besprechung zwischen dem Kanzler und dem Innenminister ausfällt, läßt sich jetzt noch nicht übersehen, doch scheint es jetzt so, als ob die von dem Reichsbanner vorzunehmenden Maßnahmen und die geäußerten Zusicherungen des Reichsinnenministers doch allmählich zu der Heberzeugung bringen, daß ein Gesamtverbot des Reichsbanners für ihn nicht in Frage kommen kann.

In den letzten Tagen hat der Reichsinnenminister Unterredungen mit dem Führer des Reichsbanners Höllermann gehabt, in denen er die Kenntnis von dem ihm vorliegenden Material über das Reichsbanner gegeben hat. Höllermann hat dazu im einzelnen Stellung genommen und den Standpunkt des Reichsbanners zusammenfassend in einem Brief an Reichsminister Gröner dargelegt, dem ein Rundschreiben der Bundesleitung beigefügt worden ist, das die Auflösung der „Sache“ in allen Gauen und Ortsvereinen anordnet. Weiter gibt die Bundesleitung des Reichsbanners in dem Schreiben eine eidesstattliche Versicherung ab, daß alle Führer des Reichsbanners mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden sind und außerdem bereit sind, alles Material der Behörden zur Einsicht vorzulegen; darüber hinaus wird versichert, daß keinerlei Tarnabsichten beim Reichsbanner bestehen.

### Montag Kabinettsitzung

Berlin, 22. April. Reichsminister Dr. Gröner wird nach seiner Rückkehr von der Besprechung mit Dr. Brüning in Sigmaringen, wie die DPA meldet, nicht nur dem Reichspräsidenten, sondern auch den in Berlin verbliebenen Ministern Bericht über die Ergebnisse der innenpolitischen Rücksprache mit Dr. Brüning erstatten. Infolgedessen wird sich das Reichskabinettsamt voraussichtlich am Montag zu einer Sitzung versammeln, die — falls sofortige Entschlüsse zu fassen sind — hierzu ohne Aufschub Stellung nehmen soll.

### Schiele fordert Pflege des Binnenmarkts

Berlin, 21. April. Auf der Vitalliederverammlung der Vereinigung mitteldeutscher Rohwaidfabriken in Halle a. S. sprach Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele. In Hand von Beispielen sei der Minister, daß die Weltwirtschaft in der Vorkriegsform zu Ende sei. Diese Tatsache bestimme zwangsläufig auch die künftige Richtung unserer Wirtschaftspolitik. Jede Betrachtung unserer Situation führe notwendigerweise zu der Verpflichtung, in Deutschland eine starke binnenmarkt-orientierte Wirtschaftspolitik zu treiben. Vier Merkmale seien für unsere Lage besonders wesentlich. Dies sind: 6 Millionen Arbeitslose, die Schrumpfung unserer Ausfuhr, die Zwangsbewirtschaftung der Devisen, um die Stabilität der Währung zu sichern, und schließlich nicht zuletzt auf dem Gebiete der Außenpolitik unser Ringen um die politische Freiheit der Nation.

Die drückende Last der Arbeitslosigkeit, die eigentliche Quelle der Finanznot von Ländern und Gemeinden bede bereits bei ernstlichen Männern des Ruhrgebietes zu dem gigantischen Plan geführt, 500 000 Arbeitslose aus dem Ruhrgebiet umzusiedeln, und in die dünner besiedelten Gegenden des deutschen Ostens zu bringen.

Das Verhältnis von Land- und Stadtbevölkerung, das jetzt mit einem Anteil von nur noch 23 Prozent Landbevölkerung höchst ungesund sei, müsse wieder ausgeglichener gestaltet werden. Tatsächlich habe auch bereits eine Menschenwanderung in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land eingesetzt. Diese gesunde Entwicklung müsse dadurch auf das nachhaltigste verstärkt werden, daß man den Binnenmarkt leistungsfähiger gestaltet und an ihm Ertrag schafft für die am Weltmarkt verloren gegangenen Arbeitsmöglichkeiten.

Da der Kern jeder Binnenmarktpolitik eine intensive Marktpolitik sei, müßten diejenigen Zweige der deutschen Landwirtschaft besonders begünstigt werden, die in besonders hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Dies sei vor allem beim Obstbau und insbesondere bei der Zuckerrübenzucht der Fall. Ohne Subsidien und Kontingentierung würden die Rübenpreise nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der gegenwärtigen Zuckerrübenpreise betragen. Wenn trotzdem die Lage der Landwirtschaft unbefriedigend sei, so wäre dies eine Folge der hohen Bestände aus den Vorkriegen. Die Zuckerrübenzucht müsse stärker

### Der Abrüstungskampf in Genf

#### Frankreich gegen Abrüstung der schweren Angriffswaffen

Genf, 21. April. Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurde die Ausprache über den englischen und jugoslawischen Entschlussesentwurf zur Frage der sogenannten qualitativer Abrüstung fortgesetzt. Der kanadische Delegierte Sir George Perley sprach sich sehr entschieden gegen den englischen Antrag aus, während der norwegische Delegierte Colban den Grundgedanken der paritätischen Abrüstung billigte, aber betonte, daß das Ausmaß seiner Durchführung späteren Verhandlungen vorbehalten werden müsse.

Der französische Delegierte Paul Boncour hielt eine längere Rede, in der er nach anerkennenden Worten für die Ausführungen des englischen Außenministers erklärte, es erscheine der französischen Delegation nicht möglich, sich dem englischen Antrag anzuschließen. Die Frage des Verbots gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft mehr Macht zu geben. Dieses Ziel sei erstrebenswerter als die bloße Zerstörung von Material, auf das die Abschaffung schließlich hinauslaufen würde. Paul Boncour brachte den französischen Vorschlag in Verbindung mit dem Abkommen über die Finanzhilfe für angegriffene Staaten.

Die in ihrer Argumentation schwache, mit einer gewissen Reserviertheit vorgetragene Rede Paul Boncours operierte mit den altbekannten Gründen gegen die englische These auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Die Beweisführung Paul Boncours war in keiner Weise stichhaltig. Die Möglichkeit einer Humanisierung des Krieges wurde von dem Redner gelehnet. Von besonderer Bedeutung war die ihm ostentativ entschlüpfte Anerkennung, daß die Sicherheitsfrage nicht nur besondere Staaten interessiere, sondern eine Generalangelegenheit der Völker sei.

Nach Paul Boncour hielt der amerikanische Botschafter Gibson eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, die die verschiedenen Bedenken der französischen Gruppe entkräftete und ihnen den Gedanken der praktischen Arbeit gegenüberstellte. Gibson wies darauf hin, daß die amerikanische Anregung auf Abschaffung gewisser schwerer Waffen des Landkrieges keine ausgesprochen amerikanische Initiative, sondern nur die Zusammenfassung aller der Bestrebungen darstelle, über die sich seit Beginn der Konferenz eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen gezeigt habe. Mit Bezug auf das französische Argument der Verbundenheit der Rüstungskategorien erklärte Gibson, auf dem Gebiete der Flottenrüstungen sei die Beschränkung und Herabsetzung seit zehn Jahren eine Tatsache; es sei nur logisch, jetzt den gleichen Fortschritt auch auf dem Gebiete der Landrüstungen zu machen. Es sei das Bestreben gewesen, in der jetzigen Frage, in der bisher das größte Maß von Übereinstimmung hervorgerufen sei, praktische Ergebnisse zu erzielen und dadurch weitere ähnliche Vereinbarungen anzugehen. Die Deftlichkeit fange an, die Befürchtung zu hegen, daß die Konferenz allen praktischen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen versuche. Die Annahme der von Sir John Simon vorgeschlagenen grundsätzlichen Entschliefung würde diese Befürchtung zerstreuen. Der einfache englische Entwurf verdiene den Vorzug und habe die volle Zustimmung der amerikanischen Delegation.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte der englisch-amerikanischen Initiative insofern einen großen Erfolg, als fast sämtliche Redner sich vorbehaltlos für das Prinzip der Abschaffung der schweren Angriffswaffen aussprachen.

zum Erlass der ausländischen Rohwaidhaltigen Futtermittel wie Getreide und Mais, herangezogen werden. Ferner sei so bald wie möglich eine Ermäßigung der Zuckersteuer erforderlich. Eine Wirtschaftspolitik, die am Binnenmarkt neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen wolle, müsse auch die Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft stärker als bisher schützen. Dies sei auch die Voraussetzung einer beschleunigten und durch Einzug des freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligten Siedlung auf den im Osten freierwerbenden 2 Millionen Morgen. Die entscheidende Ursache unserer Arbeitslosigkeit sei auch nicht die Schrumpfung unserer Ausfuhr, sondern das Versinken des Binnenmarktes. Auf den Rückgang der Ausfuhr entfalle nur die Arbeitslosigkeit von etwa 1,5 Millionen Menschen. Das Versinken des Binnenmarktes habe 1,5 Millionen Menschen arbeitslos gemacht. Die Ursache dieser Tatsache sei wiederum die nunmehr seit Jahren andauernde Verlustwirtschaft der Landwirtschaft. Grundsätzlich müssen alle Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die handelspolitisch gebundenen Produkte der landwirtschaftlichen Bedürfnisse entsprechen, und mit der nötigen Flexibilität, so wie es beim Getreide erreicht sei, gehandhabt werden.

Der Minister legte sodann die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung für unsere Devisenbilanz und unsere nationale Beherrschungspolitik dar. Immer weitere Kreise läßen die Ausschließlichkeit einer fühlbaren Exportförderung. Bisher weitgehend landwirtschaftlich orientierte Männer beklagen sich jetzt zur Dece des Binnenmarktes. Als neue Wirtschaftsoption, so schloß der Minister, sei in immer breiteren Schichten unseres Volkes die Erkenntnis im Wachsen, daß immer mehr der Satz gelte, „Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker“.

Selbst der Vertreter Japans erklärte sich mit dem Prinzip einverstanden. Der englische Vorschlag wurde vorbehaltlos angenommen von den Vertretern Irlands, Südafrikas, Indiens, Hollands, Chinas und Schwedens. Der schwedische Außenminister Baron Kamel billigte den englischen Vorschlag. Auch der schweizerische Bundespräsident Motta bekräftigte den englischen Vorschlag und bemühte sich, auch die französische Delegation zur Annahme zu bewegen.

Zum Schluß schied die französische Gruppe einen ihrer renommiertesten Vertreter, den rumänischen Delegierten Titulescu, vor, der von einer Entschliefung über die qualitative Abrüstung verlangte, daß sie einerseits der künftigen Beschliefung über die Methoden nicht vorgreife und andererseits aber nicht nur in einem platonischen Wunsch bestehen dürfe. Mit dieser Begründung, offenbar nur zu dem Zweck, um eine Abschließung in der heutigen Sitzung zu verhindern, legte Titulescu unter Berufung auf 14 Delegationen einen umfangreichen Entschliefungsentwurf vor, der weniger eine Willensäußerung des Ausschusses, als eine mit vielen Vorbehalten umgebene Aufstellung der verschiedenen in der Kommission hervorgetretenen Tendenzen enthielt und vor allem den Versuch machte, den Begriff der Sicherheit auch in diese Frage einzuführen.

Titimow, der außerhalb der Rednerreihe das Wort ergriff, nannte diese Resolution eine Ter-Resolution und sprach sich lebhaft für die englische Entschliefung aus.

### Der Reichskanzler auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 21. April. Im Verlaufe der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz erschien kurz nach 11 Uhr der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning und nahm den Platz des ersten deutschen Delegierten ein. Er wurde von mehreren Delegierten und besonders herzlich von Sir John Simon begrüßt. Unmittelbar darauf folgte der englische Premierminister Macdonald, der ebenfalls von einzelnen Delegierten herzlich empfangen wurde. Man bemerkte, daß Macdonald und Brüning, die sich hier in Genf zum erstenmal seit ihrem letzten Zusammentreffen in Berlin saßen, besonders herzliche Worte der Begrüßung austauschten. Macdonald nahm dann bei Sir John Simon Platz, der gleich darauf veranlaßte, daß mit Rücksicht auf das Augenleiden des englischen Premierministers die großen Fenster des Sitzungssaales abgedunkelt wurden.

### Genfer Besprechungen Tardieu

Genf, 21. April. Tardieu hatte am Donnerstag Unterredungen mit dem Reichskanzler, mit Stimson und mit Macdonald. Abends hat er die Vertreter der kleinen Entente empfangen. Seine Abreise ist bereits für Freitag festgesetzt, so daß zweifelhaft ist, ob er im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz das Wort ergreifen wird, um einen Vortag zu unternehmen, der nach Aufschliefung mancher französischer Kreise für das Schicksal der französischen Vorschläge überhaupt entscheidend sein könnte.

### Die neue Siedlungsaktion — Finanzierung durch Prämienanleihe

Berlin, 21. April. Reichskanzler Dr. Brüning wird unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf dem Reichspräsidenten den Entwurf einer inzwischen von den beteiligten Ressorts ausgearbeiteten Rotverordnung vorlegen, in der die Heberleitung der Osthilfe in eine neue große Siedlungsaktion geregelt wird. Im letzten Jahre wurden im Osten rund 8000 neue Siedlerstellen geschaffen und rund 400 000 Morgen von der Siedlung erfaßt. Das in diesem Jahre zu beginnende neue Siedlungsprogramm würde, bei starker Ausdehnung der Anlieger- und der Landarbeiter-siedlung, etwa den fünffachen Umfang haben. Man rechnet damit, daß das Programm für das laufende Jahr außer den regulären Staatsmitteln eine Summe von rund 200 Millionen RM. erfordert, die durch eine steuerlich bevorzugte Prämienanleihe aufgebracht werden sollen.

### Der Arbeitsmarkt

#### Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. April. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000, seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen. Am 15. April waren bei den



Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen. Auch in der Krisenfürsorge ist zum erstenmal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

**In Baden und Württemberg**

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitslosen fiel vom 31. März bis 15. April von 344 846 Personen auf 338 276, von denen 141 159 auf die württembergischen und 197 117 auf die badischen Arbeitsämter kamen; davon waren 323 489 als arbeitslos anzusehen, und zwar 133 737 in Württemberg und 189 752 in Baden. Die Inanspruchnahme der unterstützungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist um 15 865 Personen und die der Krisenfürsorge um 941 zurückgegangen. In der unterstützungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung waren 91 324 Personen (65 798 Männer, 25 526 Frauen), in der Krisenfürsorge 96 102 Personen (84 269 Männer, 14 733 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstügten ist weiter um 16 806 Personen oder um 8,1 v. H. nämlich von 297 232 Personen (196 892 Männer, 40 430 Frauen) auf 190 426 Personen (150 167 Männer, 40 259 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 81 992 gegen 91 889 und auf Baden 108 434 gegen 115 343 am 31. März 1932.

**Richtlinien für die Handhabung von Zeitungsverboten**

Berlin, 21. April. Auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat der Reichsminister des Innern den Landesregierungen Richtlinien für die Handhabung der Verordnung zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen gegeben, die besagen:

Es sind in letzter Zeit eine Reihe von Zeitungsverboten, die auf Grund der Verordnung vom 10. August 1931 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurden, vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts mit der Begründung aufgehoben worden, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht vorlag. Um die praktische Handhabung der Zeitungsverbote mit der Rechtsprechung nach Möglichkeit in Einklang zu bringen und ungerechtfertigte Verbote zu vermeiden, wurde ich deshalb in enger Anlehnung an die einschlägigen Beschlüsse des vierten Strafsenats des Reichsgerichts auf folgendes aufmerksam:

Die Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen soll nur politische Ausschreitungen bekämpfen und können demnach auch nur auf eine solche Berichterstattung Anwendung finden, die durch die Art der Darstellung der Geschehnisse oder durch die an die berichteten Tatsachen geknüpften Bewertungen oder die aus ihnen gezogenen Schlüsfolgerungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden geeignet sind. Insbesondere darf die sehr behäufte Vorschrift betreffend die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unlauteren Mitteln zu führen.

Auch ist zu beachten, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht jeder Zeitungsartikel strafbaren Inhalts zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung enthält. Auch die Verstöße gegen die Einzelvorschriften der Notverordnung vom 28. März 1931, 3. B. gegen die Tatbestände der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Ge- und Verhinderung der Erfüllung der öffentlichen Pflichten von Staatsorganen, Religionsgesellschaften usw. erfüllen nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht ohne weiteres den Tatbestand einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Bielmehr muß die naheliegende Wahrscheinlichkeit — nicht nur die bloße Möglichkeit — dafür bestehen, daß die durch den Inhalt der Berichterstattung erzeugte Stimmung zu einer Störung der äußeren Sicherheit und Ordnung, d. h. zu öffentlichen Unruhen, Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten oder anderen ähnlichen Ausschreitungen führen wird.

Daß ein Artikel in den Kreisen Anderdenkender Beunruhigung und Empörung hervorruft, genügt nicht; es muß die unmittelbare Gefahr einer Gefährdung dieser Empörung durch Handlungen der vorbeschriebenen Art hinzukommen. Daß es zu Störungen tatsächlich kommt, ist allerdings nicht Voraussetzung des Verbots.

**Die Kreuzer-Affäre zieht weitere Kreise**

Stockholm, 21. April. Der überraschende Fund eines Bargeldbetrages von 2 Millionen schwedischen Kronen in den Tresors Taus Kreuzers wird in allen schwedischen Zeitungen sensationell aufgemacht. Einige Blätter behaupten, die führenden Männer der Firma Kreuzer u. Loh A. G. und der Schwedischen Zündholzgesellschaft hätten sich auf die Nachfrist von Kreuzers Tod hin bereit, so viel Geld als möglich von den Banken abzurufen, da man befürchtet habe, daß dem Konzern die Bankguthaben gesperrt werden könnten. Diese Gelder hätten sich schon im Tresor befunden, als die Untersuchungskommission ihre Arbeiten begann.

„Tagens Nyheter“ berichtet, es herrsche in Warschau unter den polnischen Politikern große Erregung, weil unter den hinterlassenen Papieren Kreuzers angeblich eine Namensliste verschiedener polnischer politischer Persönlichkeiten gefunden worden sei. Auf dieser Liste seien auch „Geschenke“ verzeichnet, die Politiker von Kreuzer erhalten haben sollen. Keun namhafte polnische Persönlichkeiten sollen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Durch Seidenraupenzucht können in 12 Wochen 800 RM. und mehr verdient werden. Einfache, leichte Zucht für alle. Prosp., Anleit., Kostentab., Rückp. erbet. Verlagsst. f. Deutschen Seidenb., Schließf. 22 Weinböckla, Sa.

**Volksdienst beim Reichsinnenminister**

Berlin, 21. April. Im Zusammenhang mit dem Brief des Fraktionsführers des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Simpfendorfer, der dem Innenminister die Bedeutung der Führung des Volksdienstes zum einseitigen Verbot der SA und SS zur Kenntnis brachte, wurden die Mitglieder der Reichstagsabgeordneten Simpfendorfer und Schmidt-Kaffel am Mittwoch zu einer längeren Aussprache empfangen. Reichsminister Dr. Brüning legte die Gründe für das Verbot der SA und SS ausführlich dar. Das über andere Organisationen vorliegende Material werde zur Zeit auf das gewissenhafteste geprüft. Der Minister erklärte ausdrücklich, daß er entschlossen sei, auch dort ohne Zögern rücksichtslos durchzugreifen, wo sich bei irgend welchen Organisationen gleiche Erscheinungen wie bei den nationalsozialistischen nachweisen ließen. Es sei die angelegentlichste Sorge des Ministers, durch sofortige positive Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und des freiwilligen Arbeitsdienstes den Räten der deutschen Jugend Abhilfe zu schaffen und ihrem natürlichen Drang nach Betätigung Rechnung zu tragen.

**Vorfahrtsrecht der Straßenbahn befristet**

Berlin, 21. April. Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend einer Änderung der Verordnung über Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr an Eisenbahnübergängen und einer Änderung der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr zu. Besonders umstritten war dabei die Aufhebung des unbefristeten Vorfahrtsrechts der Straßenbahn, die von Württemberg, Hessen, Lippe und einigen preussischen Provinzen bekämpft, aber trotzdem beschlossen wurde. Annahme fand ferner eine von Preußen beantragte Verordnung zur Überleitung des Steuerbeitragsrechts, wonach die Lohnpächterbeschränkungen auch für direkte persönliche Steuern, insbesondere Kirchensteuern in keinem Falle gelten sollen. Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Reichsregierung vorgelegte Berechnung für den Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl an die Gemeinden gegen die Stimmen Bayerns und einiger anderer Länder. Diese hatten verlangt, daß der Berechnung nicht der Lebenshaltungszustand, sondern die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt werden sollten. Die Gemeinden erhalten ungefähr vier Fünftel der ihnen erwachsenden Unkosten vom Reich zurückvergütet.

**Neues vom Tage**

**Der internationale Ueberbrückungsredit für das Deutsche Reich verlängert**

Berlin, 21. April. Wie verlautet, ist der internationale Ueberbrückungsredit für das Deutsche Reich in Höhe von 125 Millionen Dollar bis zum 10. November 1933 zum Zinsfuß von 6 Prozent verlängert worden, wenigstens für neun Zehntel der Gesamtsumme.

**Eine neue deutsche Memelnote**

Genf, 21. April. Die deutsche Delegation überreichte den Vertretern der Signatarmächte der Memelkonvention in Genf eine Note wegen der Zustände im Memelgebiet sowie wegen der auf die Beeinflussung der Wahlen abzielenden Maßnahmen des Direktoriums Simaitis.

**Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände**

Berlin, 21. April. Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählte anstelle von Ernst von Borgh den Generaldirektor der Siemens-Schubertwerke, Dr. Ing. e. h. Carl Kötting zum Vorsitzenden. Dr. Kötting wandte sich in seiner Ansprache gegen Fehlschlüsse in der Sozialpolitik. Für eine ausreichende Kapitalbildung der Wirtschaft bleibe seit 14 Jahren kein Raum. Die Unternehmungen und mit ihnen das ganze Volk lebten heute vom Vermögen. Kötting erklärte, daß die deutschen Unternehmer nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen Koalitionsfreiheit seien. Sie wünschten aber, daß der Staat sich auf vermittelnde Hilfestellung beschränkt, ohne den Parteien die letzte Verantwortung abzunehmen. Die Unternehmer seien, so führte Dr. Kötting aus, bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen.

**Schweres Einsturzungslid in Korfika**

Baltia (Korfika), 21. April. Während einer Gerichtsverhandlung stürzte die Saaldecke ein und begrub die Rechtsanwältin und viele Zuhörer unter sich. Bei den Aufräumungsarbeiten sind bisher fünf Tote gefunden worden. Die Zahl der Verletzten soll hoch sein.

**Kardinal Bissi †**

Wien, 21. April. Der Erzbischof von Wien Kardinal Bissi ist im Alter von 88 Jahren den Folgen eines Schlaganfalls erlegen. Friedrich Bissi war 1864 in Landskron in Böhmen geboren, erlernte zunächst das Buchbindergewerbe und trat später wieder in das Obergymnasium ein. Er trat ins Chorherrenstift Klosterneuburg und wurde 1888 zum Priester geweiht. Nach langjähriger Tätigkeit als Pfarrer und Hochschullehrer wurde er Bischof von Wien, 1914 Kardinal.

**Zinsfestsetzung für die gestundeten europäischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten**

Neuort, 21. April. Die Zinsfestsetzung für die von europäischen Staaten an Amerika zu zahlenden und durch das Hoopemotatorium gestundeten Kriegsschuldenbeträge auf 4 Prozent wird von „Herald Tribune“ in großer Aufmachung gebracht. Diefem Blatt zufolge handle es sich um eine Aufforderung des Staatsdepartements an die europäischen Schuldernationen, diese Beträge innerhalb von zehn Jahren zurückzahlen. Im Gegenzug zu dieser großen Aufmachung glaubt „Neuort Times“ aus Washington melden zu können, daß das Staatsdepartement diese ganze Angelegenheit nur als eine Formalität betrachte.

**Herabsetzung des englischen Bankdiskonts um 1/2 Prozent**

London, 21. April. Die Bank von England hat ihren Diskontsatz heute um 1/2 Prozent von 3 1/2 auf 3 Prozent herabgesetzt. Der Satz von 3 1/2 Prozent war seit dem 17. März 1932 in Kraft.

**Aus Stadt und Land**

Altensteig, den 22. April 1932.

**Vor den Landtagswahlen.** Der Wahlkampf ist nun in den zwei letzten Tagen vor der Wahl auf dem Höhepunkt angelangt. Verhältnismäßig ruhig ist der Auftakt zu dieser entscheidenden Wahl vor sich gegangen. Man stellt, wenn man die stattgefundenen Versammlungen rückblickend überschaut, eine gewisse Müdigkeit und ein Nachlassen des Interesses fest, was ohne Zweifel auf die hintereinander erfolgten Reichspräsidentenwahlen zurückzuführen ist. Von fast allen Parteien sind Versammlungen im Laufe der letzten und in dieser Woche abgehalten worden; im „Grünen Baum“ sprach gestern noch der Bezirksleiter der NSDAP, Stadtrat Ph. Böhner-Ragold, über dessen Ausführungen wir in unserer heutigen Beilage berichten.

**Öffentliche Wählerversammlung.** Man schreibt uns: Morgen Samstag, den 23. April 1932, abends 8 Uhr findet im Gasthof zum „Grünen Baum“ eine Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Ueber das Thema: „Der Kampf um den Landtag — Gegen Reaktion, für Arbeit und Demokratie“ spricht der Gewerkschaftssekretär E. Hatzie-Feuerbach. Alle Arbeiter, Kleinhandwerker, Gewerkschaftler und Republikaner sind zu dieser Kundgebung freundlich eingeladen. Durch die Vorkommnisse in Reich und Land sind auswärtige Nationalsozialisten ausgeschlossen. (Siehe Inserat).

**Ragold, 21. April.** (Gewerbeausstellung.) Von Ende Juli bis Mitte August findet hier anlässlich des 75jährigen Jubiläums des Gewerbevereins Ragold eine großangelegte Gewerbeausstellung des Bezirkes Ragold statt, an der alle Handwerkskreise und Industrien sich zu beteiligen bereit erklärt haben. Kö.

**Ragold, 21. April.** (Vom Tonfilm.) Die hiesigen „Lümmel“-Lichtspiele sind wirklich auf der Höhe; sie sind bemüht, ihren Besuchern beste Qualitätsfilme zu zeigen. Auch für diese Woche ist es ihnen gelungen, einen ganz neuen, großen Film zu erwerben. Der große Ufa-Film „Der Kongreß tanzt“ geht über die Weinwand. Die lustig-garte Liebesgeschichte des jungen russischen Zaren und der Wiener Handhuhverläuferin auf dem glanzvollen Wiener Kongreß des Fürsten Metternich ist erfüllt von dem Frohsinn, von der Walzer- u. Liebeseligkeit der herrlichen Donaustadt. Es ist ein prachtvoller Film. „Das gibts nur einmal, das kommt nicht wieder“, singt die bezaubernde Lilian Haroon auf ihrem Triumphzug durch das jubelnde Wien. (Siehe Inserat).

**Falzgrafenweiler, 21. April.** (Turnverein.) Am Samstag, den 18. d. M. hielt der hiesige Turnverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach begründenden Worten durch den Vorstand, Max Kappler, berichteten die Turn- und Fachwart über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen. Es war aus allen Berichten zu ersehen, welche reiche Arbeit und in dem letzten Jahre wieder geleistet wurde und wie auch die Erlöse als Anreiz zu weiterer freudiger Schaffen nicht ausblieben. So durfte der Verein beim Gauturnfest des Mittelren Schwarzwaldgauens in Oberndorf a. N. in der ersten Stärkeklasse einen ersten Preis mit nach Hause nehmen. Die Jungturner hielten sich beim Gaujugendtreffen in Horb den Gauwimpel. Bei der Besprechung des Arbeitsplanes für den kommenden Sommer wurde u. a. die Beteiligung am Gauturnfest in Lauterbach vorgelesen. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung, den Wahlen, trat heuer zum erstenmal ein Wechsel in der Vorstandschaft ein; der feierliche Vorstand, der seit Gründung des Vereins im Jahre 1921 dem Verein vorstand und ihn auf eine immerhin beachtliche Höhe geführt hat, trat zurück. In die neue Vorstandschaft teilen sich nun Hauptlehrer Frey und Lehrer Dürr, letzterer als Kassier für den ebenfalls auscheidenden Eugen Kühle. Die neue Vorstandschaft wird sich bemühen, dem alten bewährten Kurs treu zu bleiben. In den Ausschuss gewählt wurden aus den Reihen der passiven Mitglieder der Apotheker Vohrmann und Dorlebensassistent Henkler. — Am darauffolgenden Sonntagabend veranstaltete dann der Verein eine Werbefeier. Dabei wurde der scheidende Vorstand nach seiner Begrüßungsansprache, in der er den zahlreichen Erschienenen für ihre Treue zum Verein dankte und einen Rückblick warf, durch Ernennung zum Ehrenvorstand überreicht. Kassier Kühle erhielt in Anerkennung seiner treuen Kassienführung ein Jahrbild überreicht. Nun wickelte sich in rascher Folge ein reichhaltiges Programm ab. Von den kleinsten Turnern und Turnerinnen, die in Spiel und Tanz ihr Können zeigten, bis zu den Aktiven hatten alle Abteilungen Gelegenheit, zu demonstrieren, in welcher Weise im Verein gearbeitet wird. Ueber alle Darbietungen herrschte nur eine Stimme, die der Anerkennung. Besonders gefiel ein Jahnehschwarz-Festspiel, das in stimmungsvollen Bildern die Bedeutung und den Sinn der Vereinsjahre festhielt und so recht mit seinem Text in unsere jereifene Zeit hineinpaßt. Als Schluß folgte der Schwanz „M'm Osthaus '32 Bierabend“. Die Darsteller ernteten durch ihre Originalität reichen, verdienten Beifall. — Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Feier am Sonntag, den 24. April im Gasthaus zum „Schwanen“, in Falzgrafenweiler abends halb 8 Uhr wiederholt wird und laden zu zahlreichem Besuch aus nah und fern herzlich ein.

**Altensteig, 20. April.** (Erschossen.) Heute vormittag hat sich der ledige 42 Jahre alte Tagelöhner Wilhelm Weig in seiner Scheuer erschossen. Mit einer Zimmerlinke brachte er sich einen Herzstich bei.

**Bad Liebenzell, 20. April.** (Der Kuranschluß in Notzeiten.) In einer gemeinsamen Sitzung des Kur- u. a. s. h. u. s. und der Vertreter des hiesigen Kurgewerbes führte Bürgermeister Mäulen aus, daß es der Kurverwaltung noch nie so schwer gefallen sei, den voranschlag aufzustellen, wie in diesem Jahre. Man habe den Kurbeitrag bis zu 25 v. H. gekürzt; ein weiterer Abbau würde den Verzicht auf vieles bedeuten, was sich Liebenzell in den letzten Jahrzehnten errungen hat. Für Gäste, die über ganze Wochen hinaus noch einzelne Tage zum Aufenthalt bleiben, wurde ein Tagesgeld eingeführt; Durchreisende, die nicht länger als drei Tage bleiben, haben vom zweiten Tag ab eine Kurgebühr zu entrichten. Um den Kurbetrieb zu fördern, bedürfte es der vollen Mitarbeit und des guten Willens aller Kreise. Einen wichtigen Beratungsgegenstand bildete die Werbung für den Kurort. Die seit-herige Art, gemeinsam mit anderen Plätzen Anzeigen aufzugeben, habe sich gut bewährt; die Zeitung sei immer noch das beste und erfolgreichste Werbemittel.

# Die Bautätigkeit in Nagold

Der private Bauplatz liegt still — dafür: Schwimmbad — Kanalisation — Postamt — Erweiterung des Turnplatzes — Freiwilliger Arbeitsdienst an die Front!

Nagold, 21. April. Wie überall hat die Kapitalnot und der wirtschaftliche Rückgang sich auch in Nagold ausgewirkt. Nirgends, wie sonst um diese Zeit, sieht man Bauhandwerker an der Arbeit, kann man das Aufräumen an den Häusern beobachten. Dafür aber ist heuer der Bauplatz durch öffentliche Bauten belebter denn sonst. Der neueste Plan sei zuerst genannt und auf ihn kann man das alte Sprichwort als besonders treffend anwenden: „Was lange währt, wird endlich gut“. Bekanntlich hatte die Stadt Nagold im vergangenen Jahr den Bau eines modernen Schwimmbades geplant, die erforderlichen Gelder dazu in Höhe von 30 000 Mark bereitgestellt und — da die wirtschaftliche Notlage im allgemeinen eine Risikoübernahme nicht gestattete — die Rückbürgschaft aus der Bevölkerung heraus in Höhe von 4000 Mark für Verzinsung und Amortisation aufgebracht und schließlich einen Platz am Waldrand, am Fuße des Schloßberges, käuflich erworben. Die Regierung legte damals ein Veto ein und alle die schönen Hoffnungen schienen in Anbetracht der immer schlechter werdenden Zeiten auf lange Sicht begraben. Allerdings nahmen sich gewisse Kreise vor, nicht so ohne weiteres die Waffen zu strecken und so brachte das Jahr 1932 durch die Gemeinderatswahl vom 20. April eine Erfüllung der Wünsche so vieler, d. h. die Genehmigung des neuen Schwimmbades. Dank der Initiative des Arbeitsamtes Nagold und seines Leiters, des Herrn Regierungsrat Dr. Siehler und des warmen Eintretens des Gemeinderates, an seiner Spitze Herr Bürgermeister Maier, werden wir nun in diesem Jahr das für den Fremdenverkehr so wichtige und für die Gesunderhaltung der heute in hartem Lebenskampf stehenden Menschheit so notwendige Schwimmbad bekommen, nachdem sich das alte Bad in jeder Beziehung als ungenügend herausgestellt hat. Wie war es nun möglich, heuer etwas durchzuführen, was voriges Jahr unmöglich erschien? Seit vorigem Jahr hat sich nämlich ein Neuland aufgetan: der freiwillige Arbeitsdienst, durch den es nun möglich ist, das Bad in den gleichen Aus-

mäßen (ein Schwimmbassin 50/13 Meter, ein Plattendeck 6/10 Meter und alle zu einem modernen Bad notwendigen Nebenanlagen), wie es im vergangenen Jahr vorgezogen war, zu einem Drittel des vorjährigen Voranschlags zu erstellen, d. h. abzüglich des Zuschusses des Arbeitsamtes für den freiwilligen Arbeitsdienst und des Beitrages des Lehrerseminars. 60 Arbeitsdienstfreiwillige werden mit insgesamt 3800 Tagewerken beschäftigt. Sie bekommen ein Taschengeld, freie Verpflegung, Wohnung und Kleidung. Mit dem Bau, der sich auf ungefähr acht Wochen erstreckt, wird sofort begonnen werden, so daß das Bad mit dem Beginn der Badesaison fertiggestellt sein wird. Durch die vorsichtige Kalkulation des Baues werden zur Verzinsung, zur Amortisation und zur Instandhaltung des Bades Einnahmen in der Höhe der früheren Jahre fast genügen. Baden und Schwimmsport, einer der gesündesten und schönsten Sportarten, der Fremdenverkehr und die Freude an der Körperkultur werden nun in Nagold einen fühlbaren Auftrieb bekommen zum Ruh und Frommen unserer Stadt und somit auch unseres gesamten Vaterlandes. Es ist erfreulich, daß der freiwillige Arbeitsdienst, der mithelfen will, die geistlichen und materiellen Nöte der Arbeitslosigkeit zu bannen, auch in unserer allernächsten Heimat (nach Freudenstadt, Baiersbrunn, Reußen und Oberndorf) festen Fuß gefaßt hat und ein bleibendes, wertvolles Werk zu schaffen bereit ist.

Mit dem Neubau des Bades wird auch der Turnplatz eine Erweiterung erfahren, und zwar wird der bisherige Badeplatz dem Turnplatz zugeschlagen und so die Möglichkeit gegeben eine Tischbahn anzulegen. Seit Monaten ist man außerdem schon mit dem Bau der Kläranlage beschäftigt, die als Kostensparmaß über 5000 Tagewerke erfordert. Auch der Postamtsneubau schreitet rüstig vorwärts und der Tag wird nicht mehr fern sein, wo mit der Inneneinrichtung begonnen wird. Man spricht davon, daß mit der Vollendung des Baues im September oder Oktober zu rechnen ist. K6.

Aus dem Oberamt Neuenbürg, 20. April. Die Not der Zeit macht sich auch in der Bienenzucht deutlich bemerkbar. Die Zahl der Bienenvölker ist in unserem Bezirk bedeutend zurückgegangen. Im Jahre 1930 waren es noch 2625 Völker, 1931 nur noch 2199. Am 1. Dez. 1930 wurden gezählt in Württemberg 154 183, in Hohenzollern 7023, zusammen 161 206 Bienenvölker. Auch hier zeigt sich eine empfindliche Abnahme, und zwar in Württemberg um 17 228 oder 11 v. H., in Hohenzollern um 331 Völker oder 4,7 v. H. gegen das Vorjahr. In ganz Deutschland beträgt der Rückgang 128 000 Bienenvölker. Das sind die Folgen des für die Bienenzucht ungünstigen Sommers 1931 und des Entzugs der Steuerfreiheit für den Bienenzuder im Winter.

Neuenbürg, 21. April. (Schwerer Zusammenstoß.) Heute nacht etwa halb 1 Uhr verunglückte Elektroinstallateur Karl Sautter von Höfen mit seinem Motorrad. Etwa 50 Meter nach der Kurve bei der Eisenfurtbrücke muß ein Zusammenstoß des Sautter mit dem Fuhrmann Schleich von hier erfolgt sein, der mit seinen Pferden ohne Führer auf dem Heimweg war. Beide, Sautter und Schleich, sind ziemlich schwer verletzt. Sautter wurde ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert, Schleich konnte sich noch heimischleppen. Wen die Schuld trifft, wird die an Ort und Stelle eingeleitete Untersuchung ergeben. Keiner von beiden konnte heute nach Angaben machen.

Calmbach, 20. April. (Amtseinführung.) Der zum Bürgermeister der hiesigen Gemeinde gewählte Ratsherr und seitheriger Amtsvorwieser Oskar Schweiß wurde gestern abend um 6 Uhr in öffentl. Gemeinderatsversammlung von Landrat Lempp verpflichtet und in sein Amt eingeführt.

Oberjesingen, O.A. Herrenberg, 20. April. (Ein Kind totgefahren.) Gestern abend gegen 8 Uhr ereignete sich schon wieder in unserem Ort ein tragischer Unglücksfall. Das zweijährige Kind des Korbmachers Wurzler von hier wollte kurz vor einem Auto über die Straße springen. Das Kind wurde vom Kotflügel erfasst und unter den Wagen geworfen, dessen Hinterrad über die Brust des armen Kindes fuhr. Das kleine Menschenwesen war sofort tot.

Herrenberg, 20. April. (Vom Honigjahr.) Am Sonntag fand in der „Post“ die Generalversammlung des Bienenzüchtervereins statt. Vorstand Stier erstattete den Jahresbericht für 1931. Das Wetter war oft frostig und Nässe und Trockenheit hemmten die normale Pflanzen- und Trachtentwicklung. Das Bienenvolk, das auf allen Lebensstufen viel Wärme und Nahrung braucht, entwickelte sich zu langsam. Die Folgen waren schwache Völker, wenig Schwärme, überalterte Königinnen, Entartung der Rasse, Empfänglichkeit für Seuchen, Hungersnot und Tod ohne starke Zufütterung schon im Nachsommer und noch mehr im Winter, hohe Betriebskosten und minimaler Nutzen. Wir hatten kein Ruh-, sondern ein Sportjahr. Es war eben ein „Jupiterjahr“.

Stuttgart, 21. April. (Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer.) Am Donnerstag, den 28. April 1932, findet nachmittags im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums die 28. Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer statt. Auf der Tagesordnung stehen neben der Beratung des Haushaltsplans 1932 Kredit- und Zinsfragen, handelspolitische Fragen, Schutz der Veredelungswirtschaft, Anbau- und Preisfragen bei Zuckerrüben, Cichorie und Tabak, Stromtarife, Bier-, Wein- und Branntweinsteuer. Es sind zwei Sitzungsstage in Aussicht genommen.

Kornthal O.A. Leonberg, 21. April. (Notlandung eines Flugzeugs.) Gestern abend mußte ein von England kommendes Klemm-Flugzeug, das in der Dunkelheit die Orientierung verloren hatte, bei Weilmündorf notlanden. Die beiden Insassen, Engländer, wurden von einem Kornthaler Arzt nach Kornthal gebracht.

Dürmentingen O.A. Riedlingen, 21. April. (Rathausbrand.) Am Mittwoch abend brannte das Rathaus nebst Bürgermeisterwohnung bis auf die Grundmauern nieder. Durch das tatkräftige Eingreifen der hiesigen Feuerwehr gelang es noch, sämtliche Akten und Wertpapiere zu retten, sowie auch das Mobiliar des Bürgermeisters in Sicherheit zu bringen. Die Fahnen der Vereine sind jedoch mitverbrannt. Als Ursache wird Kaminsbrand vermutet.

### Aus Baden

Forstheim, 21. April. Vorgestern nachmittag hat sich in jenem Garten bei Hudenfeld der 14jährige verheiratete Oberinspektor J. von der hiesigen Stadt Sparkasse erschossen. Verletzungen im Arm haben ihn zu der Tat veranlaßt. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß der Betrag, der dabei in Betracht kommt, zwischen drei- und viertausend Mark beträgt. J. hatte die Versicherungsmarken der Beamten zum Teil seit 1930 nicht geliebt.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Wahlkampfbesprechung. In Berlin scheint in den letzten Tagen vor der Wahl ein Flüggenkrieg in den Straßen auszubrechen. Der Berliner nationalsozialistische Gauleiter Dr. Göbbels hat angeordnet, daß vom 20. April, dem Geburtstag Hitlers, bis zum 25., dem Tag der Wahl, die Hakenkreuzfahne herausgehängt wird. Dieser Aufforderung sind die Nationalsozialisten gestern in verschiedenen Stadtteilen in großer Zahl gefolgt. Stellenweise sah man auch schwarz-weiß-rote Fahnen, die wohl von Anhängern Hugenberg's stammen. Nunmehr erlassen auch die Sozialdemokraten und das Reichsbanner Aufrufe an ihre Mitglieder, bis zum Wahltag die Farben der Republik bzw. die rote Fahne des Sozialismus zu zeigen.

Selbstmord eines bayerischen Großindustriellen. Der im In- und Auslande bekannte Holzindustrielle Dr. Ferdinand Steinbeis hat sich im Alter von 60 Jahren auf seinem Wohnsitz in Brannenburg bei Koenheim (Oberbayern) erschossen. Langwierige Krankheit und geschäftliche Sorgen dürften ihn in den Tod getrieben haben.

Wirbelsturm in Honduras. Ein heftiger Wirbelsturm, der drei Stunden dauerte, hat die kleine Stadt Clanchito, ein Zentrum des Bananenbaus, heimgesucht. Neun Zehntel der Bevölkerung sind obdachlos. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

General a. D. Walter von Röhner † In Heidelberg starb heute früh, wie die „BZ“ meldet, der General der Kavallerie a. D. Walter v. Röhner im 88. Lebensjahr. Er war von 1892 an Adjutant des früheren Kaisers. 1895 wurde er zum Kommandeur der 3. Garde-Kavallerie-Brigade, später Chef der Militär-Reitschule in Hannover. 1903 wurde er Gouverneur von Strahburg. Röhner hat sich auch als Rennreiter einen Namen gemacht. Zweimal gewann er das Armeetagdreien von Baden-Baden.

Der Halbboot-Ozeanfahrer Engler vermisst. Der am 14. Oktober von Vissalon aus mit einem Halbboot zu einer Ozeanüberquerung gestartete 31 Jahre alte deutsche Kapitän Engler scheint ebenfalls ein Opfer des Meeres geworden zu sein.

17 mexikanische Banditen hingerichtet. 17 Banditen, die gefangen waren, vor kurzem einen Angriff auf die Stadt Pajodel Macho verübt zu haben, wurden handrechtlich auf dem Friedhof von Huatusco erschossen.

Blutige Hochzeitsfeier. Unter den Gästen einer Hochzeit in Groß-Chelm kam es zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf ein Arbeiter einem anderen die Halsschlagader durchschnitt, sodaß er in wenigen Minuten verblutete. Der Messerstecher wurde verhaftet.

## Aus dem Gerichtssaal

Die Frau eines Kriminalkommissars als Expreßerin Stuttgart, 21. April. Auf wem eigentlichlichen Pfaden die Ehefrau des Kriminalkommissars H. von Stuttgart wandelte, erfährt man durch eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Stuttgart, wo sich die nicht sehr tugendhafte Frau zusammen mit einem Freund wegen Erpreßung zu verantworten hatte. Die 46 Jahre alte Angeklagte, die nach den Feststellungen in der Hauptverhandlung ein ziemlich lockeres Leben führte, hatte einem 26jährigen Maler ihre Kunst geschenkt und aus diesem Geld durch Prostitutionen erpreßt. Das Gericht erkannte in Anbetracht der bisherigen Unbeholfenheit nur auf eine Gefängnisstrafe von fünf Wochen, jedoch unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls. Ihr mitangeklagter Freund erhielt acht Tage Gefängnis.

### Im Sklaretschen Jagdschloß

Berlin, 21. April. Im Sklarets-Prozeß wurden weitere Zeugen über das Leben und Treiben der Sklarets und ihrer Freunde im Jagdschloß in Waren vernommen. Der Diener Kadin erzählte, daß der Stadtorordnete Kofenthal, Bürgermeister Schneider und Stadtbauinspektor Schmidt die häufigsten Gäste gewesen seien. Sechs Fremdenzimmer seien stets besetzt gewesen. Stadtbauinspektor Schmidt habe im Sommer 1929 sogar seinen Sommerurlaub in Waren mit Frau, Tochter und Nichte verbracht. Willi Sklarek erklärte, daß damals alles von der Gastfreundschaft der Sklarets erkauft gewesen sei. Jeder hätte jeden in Waren abgefüßt. Heute wolle man aber von den Sklarets nichts mehr wissen.

## Letzte Nachrichten

### Reichskanzler Dr. Brüning als Gast der Genfer deutschen Kolonie.

Genf, 22. April. Reichskanzler Dr. Brüning war gestern abend Gast der deutschen Kolonie. Bei dieser Gelegenheit gab Dr. Brüning seiner Freude über das Zusammenhalten der Deutschen in Genf Ausdruck und ging dann kurz auf die Lage Deutschlands ein. Er erklärte, die Schwierigkeiten seien jetzt auf dem Kulminationspunkt angelangt, er sei aber davon überzeugt, daß gerade jetzt auch die Möglichkeiten zu entscheidenden Schritten und Hilfsmahnahmen am nächsten liegen. Voraussetzung sei, daß das deutsche Volk den Mut und die Kraft besitze zusammenzuhalten und sich durchzusetzen. Im Sinne der Mahnung des Reichspräsidenten müsse es wenigstens nach außen einig sein.

### Kommunisten jagen auf Hakenkreuzfahnen.

Berlin, 21. April. In verschiedenen Stadtgegenden ist es heute zu kommunistischen Anschlägen auf Hakenkreuzfahnen gekommen, wobei es auch Zusammenstöße mit der Polizei gegeben hat. Im Nordosten der Stadt versuchten in der neunten Abendstunde Kommunisten im Besitze pfeifender und johlender Zuschauer, Hakenkreuzfahnen, die an Fenstern angebracht waren, mit Lunetten herunterzureißen. Die Polizei trieb die Ruhstörer mit den Gummiknüppel auseinander.

### Frankfurter Bankier unter dem Verdacht der Devisenschiebung verhaftet.

Frankfurt a. M., 21. April. Unter dem Verdacht des Vergehens gegen das Devisengesetz wurde heute der Inhaber des Bankhauses Michael Frank, Herbert Frank, festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen ihn erteilt. Frank soll 3. 0. Farbenaktien von ungefähr einer halben Million Reichsmark im Auslande gekauft und entgegen den Bestimmungen des Devisengesetzes nach dem Inlande verbracht haben, wo er sie bei Frankfurter Banken unter den üblichen Bedingungen verkauft habe.

### Die neuen englischen Zölle auf Fertigfabrikate.

London, 21. April. Von Mitternacht des 25. April ab wird auf fast alle Fertigfabrikate, die nach England eingeführt werden, ein Gesamtzoll von 20 Prozent gelegt werden, für gewisse Waren, wie Luxuswaren oder Halbwaren werden die Gesamtzölle 25 Prozent bzw. in einigen Fällen 30 Prozent betragen.

### Hoover, Al Capone und das Kind Lindberghs.

London, 21. April. Star veröffentlicht in sensationeller Form eine Meldung über ein angebliches Angebot Al Capones an Hoover, das Kind Lindberghs im Austausch gegen seine eigene Freilassung aus dem Gefängnis den Eltern zurückerstattet. Die Mitteilung Al Capones, der bekanntlich eine Gefängnisstrafe von 11 Jahren abbüßt, beweist, daß das Kind am Leben sei, und daß Al Capone sein Schicksal in den Händen habe. — Vom Weissen Haus wird diese Mitteilung in Abrede gestellt.

### Gestorben

Katharine Seid geb. Kübler, 73 J. a., abete Müllerswitwe, früher in Berned.

Emmingen: Friedrich Schmid, Landwirt, 68 J. a.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut

### Geschäftliche Mitteilungen

Eine schöne Visitenkarte haben die Besucher heute wieder auf dem Boden zurückgelassen. Überall hieren Fußspuren und kleine Regenpfützen das schon geängstete Parkett und Linoleum. Aber das rent die Hausfrau gar nicht auf, denn die Böden sind ja mit Kineffa-Böhrnerwachs behandelt. Da gibt es keine Schmutz- und Wasserflecken. Man wäscht ganz einfach auf (sogar mit warmem Wasser) und erhält wieder mühelos herrlichen Spiegel-Hochglanz, der wochen- und monatelang hält. Dabei reicht eine Pfunddose für 5-6 Zimmer (ca. 80 qm). Diese Tafeln sind durch Untersuchungen von Hausfrauen-Vereinen, Sachverständigen und amtlichen Stellen hundertfach anerkannt. Partett und Linoleum pflegt man am angenehmsten und billigsten mit Kineffa-Böhrnerwachs. Erhältlich bei Schwarzweiber-Drogerie H. Schlumberger in Altensteig.

Auskunft über deutschen Seidenbau, Seidenraupenzucht und Maulbeerkultur erteilt Interessenten kostenlos (Küdpporto erbeten) Beratungsstelle deutscher Seidenbau, Weinböhle (Bez. Dresden), Schlichtsch 22.

# Wählt Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Seit acht Jahren ist die Sozialdemokratie von der Landesregierung ausgeschaltet. Sie ist nicht verantwortlich für die zahlreichen Fehler und Ungerechtigkeiten, die auf landespolitischem Gebiet zu verzeichnen sind.

Die Behandlung der Arbeiterschaft als Stiefkinder des Staates, die übermäßige Belastung von Kleinhandwerk und Kleingewerbe durch die Gewerbesteuer, die mit erhöhten Sätzen erhobene Gebäudeentwässerungssteuer, die steuerliche Schonung der Großindustrie, die großen Geschenke an das Haus Württemberg, die Verschleuderung von Staatseigentum, die Vernachlässigung der Interessen der Kleinlandwirtschaft, die ungleiche Behandlung der Volksschulen und der Hochschulen, die Begünstigung des Rechtsradikalismus durch Polizei und Gerichte — das alles sind Werke der Regierung Volz-Bazille-Dehlinger-Maier.

Kann nicht alle Not und Pein der Gegenwart von der Landesregierung beseitigt

werden, so sind doch auf vielen Gebieten Milderungen möglich. Hier haben die Parteien versagt, die jetzt an der Regierung waren.

Von den Kommunisten, den Nazis und ihren deutschnationalen Gönnern ist keine Besserung, sondern nur der Raub der Volksrechte und die innen- und außenpolitische Katastrophe zu erwarten.

Darum nieder mit ihnen! Löst den Landtag nicht in eine Kabaubude umzuwandeln! Seid euch des Ernstes eurer Aufgabe bewußt und wählt Sozialdemokraten.

Statt unerfüllbarer Versprechungen gibt die Sozialdemokratie die Versicherung, daß sie alle Kräfte einsehen wird für steuerliche Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Gesundung, für Sicherung der Existenz aller Volksgenossen in Stadt und Land, für eine friedliche Entwicklung der inneren und äußeren Politik Deutschlands.

# Wählt darum Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Altensteig-Stadt

## Reklametafeln.

In letzter Zeit wurden mehrere Reklametafeln ohne die nach der ortspolizeilichen Vorschrift vom 6. März 1930 erforderliche Genehmigung angebracht. Es wird darauf hingewiesen, daß nach dieser ortspolizeilichen Vorschrift öffentliche Anschläge aller Art nur an den hierfür bestimmten Anschlagtafeln und -Tafeln angebracht werden dürfen und daß zu Ausnahmen von dieser Vorschrift vorher die Erlaubnis des Bürgermeisters einzuholen ist. Reklametafeln, Reklametafeln usw., die entgegen dieser Vorschrift bereits angebracht wurden, sind sofort zu entfernen. Künftige Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden bestraft.

Den 19. April 1932.

Bürgermeisteramt:  
Pfizenmaier.

Altensteig.

Morgen Samstag von 9 Uhr ab verkauft im Schlachthaus

## gesundes Kuhfleisch

das Pfund zu 40 Pfg.

Alfred Maft.



## CCN Bausparkasse Leonberg (Württemberg)

Unkündbare 4%ige Darlehen zu Hausbau, Hypothekenablösung, Existenzgründung.

Auskunft und Prospekte durch Hauptvertreter:  
H. Walcher, Stuttgart, Römerstr. 72.

## Großer Kartoffelabschlag!

Bestellungen auf schöne, gesunde Kartoffeln per Ztr. A 2.40 ab Bahnhof hier nimmt bis 30. ds. Mts. entgegen

M. Schrieler, Altensteig.

## Für die Landtagswahl

am Sonntag, 24. April, bestimmte größere Anzeigen, die in der Samstag-Nummer unseres Blattes erscheinen sollen, wollen möglichst schon am Freitag nachmittag aufgegeben werden.

## Glücklich ist, wer

auch heute noch an dem Grundtag festhält: „Ich laufe nur das Beste.“ Nun, eine Pfunddose KINESSA-Bohnerwachs reicht für ca. 80 qm Parquet und Linoleum (5-6 Zimmer), gibt müheless wunderbaren teilsfesten und sehr wischbaren Hochglanz, der wochen- und monatelang anhält. Die richtig rechnende, sparsame Hausfrau verwendet nur



**KINESSA**  
BOHNER-WACHS

Schwarzwald-Drog. Fr. Schlamberger

## LÖWEN-LICHTSPIELE TONFILM-THEATER NAGOLD

Freitag 8.15, Sonntag 2.15, 4.30, 8.15

Der große Ufa-Tonfilm

## Der Kongreß tanzt

Das große Ereignis für Nagold.

Das gibts nur einmal, Das kommt nicht wieder.

14-jähriger

## Junge

sucht Beschäftigung  
oder Lehrstelle.

Näheres in der Geschäftsstelle  
des Blattes.

Die billige  
Familien-Zeitschrift  
für jedermann

## KOSMOS

3 Hefte mit vielen  
Bildern und ein- und  
vielfarbigen Tafeln und

1 hochinteressantes  
Buch im Vierteljahr für  
nur RM

1.85

Anmeldung möglich  
durch

Buchhandlung Lau

in Altensteig und Nagold.

Eine schöne, trüchtige, an-  
gewöhnte



Ralbin

guter Abstammung, verkauft  
Wilhelm Wurft  
Grömbach.

## Alt- u. Neusparrer,

deren Ersparnisse erneut  
großen Gefahren ausgesetzt  
sind!

## wählen Liste 9

Volksrecht-Partei.

Biterte

## Gemüseschlinge

empfiehlt

Heinr. Waiz, Altensteig  
Telefon 116.

## Inflation droht!

Wir kämpfen dagegen

## Liste 9

Volksrecht-Partei.

## Se einige Zentner Futterrüben und gesundes Stroh

zu kaufen oder gegen Sägmehl zu tauschen gesucht.  
Grömbach, Gompelsheuer.

## LUGER

Frisch eingetroffen!  
Schöner, großblättriger  
Spinat 13  
Pfund  
Kopfsalat  
Blumenkohl

## Ein starkes Bänsfer- Schwein



hat zu verkaufen  
Hb. Biele, Altensteig

## So

eine kleine An-  
zeige ist besser  
als keine.

## Wähler- Versammlung

am Samstag, den 23. April, abends 8 Uhr  
im Gasthof zum „Grünen Baum“

Nebener: Gewerkschaftssekretär A. Kathie-Feuerbach  
Thema: „Der Kampf um den Landtag -

Gegen Reaktion, für Arbeit und Demokratie“

Arbeiter, Kleinhandwerker, Gewerkschaftler und  
Republikaner sind freudl. eingeladen. Auswär-  
tige Nationalsozialisten haben keinen Zutritt.

**Sozialdemokr. Partei**

## Turnverein Pfalzgrafenweiler.

Am Sonntag, den 24. April, abends 1/2 8 Uhr  
im Gasthof zum „Schwanen“

## Werbefestier

mit turnerischen Vorführungen und theatralischen Auf-  
führungen, wozu freundliche Einladung ergeht.

Martinsmoos.

## Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekann-  
ten machen wir die traurige Mitteilung, daß  
unsere liebe Mutter, Schwieger- und Groß-  
mutter

**Barbara Waidelich**  
geb. Rentschler

im Alter von 70 Jahren zur ewigen Ruhe  
eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Joh. Waidelich,**

Beerdigung Samstag nachmittag 1 Uhr.

## Alle Wähler

die haben wollen, daß der bewährte  
Finanzminister Dr. Dehlinger  
unserer Regierung erhalten bleibt, gebe  
am Sonntag seine Stimme

## Liste 6

mit dem Spitzenkandidaten unseres  
Wahlbezirks

**Studienrat Sautter.**

